

# Danziger Zeitung.

Nr. 19065.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Retherhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gestaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

**Berlin, 21. August. (Privattelegramm.)** Die „Hamburger Nachrichten“ veröffentlichten an der Spitze des Blattes eine längere Erklärung des Grafen Herbert Bismarck, in der behauptet wird, die angebliche zwischen dem „Times“-Correspondenten Blomviß und dem deutschen Botschafter Grafen Münster gepflogene Unterredung über die Entlassung des Fürsten Bismarck sei eine willkürliche Erfindung und ein schändlicher Mißbrauch des Namens des Botschafters.

**Berlin, 21. August. (M. Z.)** Das heute erschienene Werk Moltkes über den Feldzug von 1870/71 erscheint gegenüber dem fachmännisch geschriebenen Generalstabswerke als eigenste Beurteilung des Feldzuges durch Moltke selbst. Der anschaulichen, manche Irrthümer und Legenden berichtlegenden Schilderung der Kriegereignisse und Zustände in Frankreich und Paris geht eine kurze aber das ganze Werk charakterisierende Betrachtung voraus, worin es heißt, nicht mehr der Ehrgeiz der Fürsten, sondern die Stimmungen der Völker und das Unbehagen über die inneren Zustände und das Parteitreiben gefährdeten den Frieden. Die großen Kämpfe der Neuzeit seien gegen den Wunsch und den Willen der Regierenden entbrannt. (Welch letztere Bemerkung wohl den Widerspruch des Fürsten Bismarck bezüglich des Jahres 1866 herausfordern wird. D. Red.)

**Büßelsdorf, 21. Aug. (Privattelegramm.)** Nach einer Bekanntmachung des Regierungspräsidenten tritt die Weizengalmische, welche die Weizenselder in Amerika stark verheert hat, stellenweise massenhaft in der Rheinprovinz auf. Die Bekanntmachung giebt die Mittel zu ihrer Bekämpfung.

**Wien, 21. August. (Privattelegramm.)** Die „Freie Presse“ meldet aus Podmolochnska, sämtliche russische Bahnstationen seien telegraphisch beauftragt, die Uebernahme von Roggen zur Beförderung über die Grenze einzustellen.

**Petersburg, 21. August. (M. Z.)** Die Nordische Telegraphen-Agentur verbreitet amtlich folgende Mittheilung: Angesichts des Versuchs, im Auslande das Gerücht zu verbreiten, daß die Ausfuhr aller Cerealien ausnahmslos demnächst verboten und mindestens die Getreideaufuhr mit erhöhten Zöllen belegt werden soll, sind wir in der Lage, bestimmt zu erklären, daß die Regierung die Verhinderung der Roggenausfuhr zur Sicherung des Lebensunterhalts der Bevölkerung für ausreichend erachtet und keinerlei Maßregeln ins Auge faßt, welche die Erschwerung der Ausfuhr von Cerealien bezweckt.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 21. August.

### Ein unerhörter Vorschlag.

Die Begriffsverwirrung, um keinen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen, wird im schützöllnerischen Lager immer größer.

Während angesichts der verhängnisvollen Nothlage selbst ein Theil der entschiedensten Agrarier sich zu einigen Concessionen bereit erklärt hat, wie z. B. Graf Kanitz, der bekanntlich eine zeitweise Suspension des Roggenzolles empfiehlt, fährt ein anderer Theil fort, mit den ungereimtesten Vorschlägen hervorzutreten. Da soll u. a. die böse Böse geknebelt und der Getreidehandel verstaatlicht werden. Was kümmert die Herren auch die Existenz des Handels, was geniren sie sich, mit dem Staatsgetreidemopol direct in den sozialistischen Staat hineinzuwerfen? Und ein Theil der Herren Agrarier denkt so wenig an Nachgeben, daß sie vielmehr den gegenwärtigen Zeitpunkt für geeignet erachten, immer neue Forderungen zur Befriedigung ihrer Sonderinteressen auf Kosten der anderen Klassen zu erheben. Wir haben gestern bereits einen Artikel eines Herrn v. Nisch-Auelberg erwähnt, der in der „Freuzzeitung“ von der Staatsregierung „Garantie für angemessene Preise“ verlangt, wofür dann der Herr so gnädig war, eine genügende Versorgung der Volksernährung seitens der Agrarier zuzusagen. Aber alles das wird weit in den Schätzen gestellt durch dasjenige, womit soeben Graf Mirbach-Gorquitten in der von uns bereits telegraphisch kurz erwähnten Auslassung in der „Freuzzeitung“ paradiert. Der Herr Graf ist also mit dem Vorschlage seines „hochverehrten politischen Freundes“ Kanitz auf Suspendirung der Zölle nicht einverstanden; er lehnt überhaupt jedes Entgegenkommen ab; für ihn ist natürlich „die Speculation“ der schuldige Theil, und um den Russen mit ihrem Roggenausfuhrverbot ein Paroli zu bieten, verlangt er — ein Einfuhrverbot von russischem Holze deutscherseits. Des Pudels wahren Kern verräth er aber mit folgender recht tief blickenden Bemerkung:

Ein Einfuhrverbot von russischem Holz würde gleichzeitig den berechtigten Wünschen unserer Holzproduzenten, unserer zahlreichen Sägewerke entsprechen. In vielen Districten Ostpreußens ist beispielsweise das gute Holz unserer Staatsforsten kaum zu verwerthen, da wir mit geringwerthigem russischen Holz geradezu überschwemmt werden.

Man traut wahrlich seinen Augen kaum! Also darauf läuft es hinaus: Die Großwaldbesitzer

möchten die Gelegenheit für Erlangung eines Einfuhrverbots von russischem Holz benützen, um noch mehr Sondervorteile zu erzielen, als ihnen bisher schon durch die Holzölle zugefallen sind. Und diese unerhörte Forderung nimmt sich doppelt plausibel aus, da man weiß, daß der Antragsteller, Herr Graf v. Mirbach, selbst einer der größten Grund- und Waldbesitzer Ostpreußens ist. Nun, freilich, der Vorthell dieser Herren aus einem solchen Verbote würde ein großer, ein enormer sein. Daß derselbe nur erkaufte werden könnte durch den Ruin eines ausgebreiteten Handelszweiges, was kümmert das die conservativen Großwaldbesitzer, wenn nur ihr Vorthell wächst? Ginge Herrn v. Mirbachs ungeheurerlicher Vorschlag durch, so wäre z. B. Danzigs Handel mit einem einzigen Schlage total vernichtet, ein Handelsgebiet, welches trotz aller Erschwerungen durch die „nationale“ Wirtschaftspolitik noch verhältnismäßig am besten gehet und ausbleibt hat, so lange man die Weichsel nicht abdämmt. Danzigs Holzfuhr aus Rußland auf der Weichsel und Eisenbahn betrug vor 2 Jahren ca. 560 000 Festmeter im Werthe von über 15 Millionen Mark. Die Holzfuhr selbst belief sich auf den Werth von 13 1/2 Millionen und 2 225 000 Metercentner, dem Quantum nach fast die Hälfte, dem Werthe nach ein Sechstel der gesammten Ausfuhr Danzigs. Und diesen Handel will der Herr Graf Mirbach vernichten, damit die ostpreussischen Holzproduzenten, darunter er selbst, ihr Holz besser bezahlt erhalten? Weiß der Herr Graf, daß er damit nicht nur zahlreiche blühende Handelshäuser an den Bettelstab, sondern auch Tausende von Arbeitern brotlos machen, daß er der Rheiderlei einen erheblichen Theil ihrer Existenzbasis entziehen und nicht nur Danzig, sondern auch allen anderen Ostseehandelsplätzen einen tödlichen Schlag versetzen würde?

Geht es nach den Köpfen der politischen Freunde des Herrn v. Mirbach, so wird mit der Verstaatlichung des Getreidehandels der private Getreidehandel vernichtet; Herr v. Mirbach fügt den Untergang des Holzhandels hinzu — alles das zur Bereicherung „unserer Holzproduzenten“, alias Agrarier der extremsten Art. Wahrlich, die Herren spielen ein kühnes, ein freies Spiel! Seit zwölf Jahren leuchtet das gesammte Volk, mit Ausnahme einiger bevorzugter Klassen, unter dem Drucke einer Wirtschaftspolitik, die den Einen Vortheile zuwendet auf Kosten der Anderen; und jetzt in demselben Augenblicke, wo diese letzteren unter dem übermächtig gewordenen Drucke schier zu erliegen drohen, da kommen die Herren, noch nicht gesättigt durch immer größere, schließlich verunsicherte Zuwendungen, um ganzen, großen Erwerbszweigen den Gnadensstoß zu geben, behufs Erlangung immer größerer nachtheiliger Sondervorteile. Wahrlich — es ist an der Zeit, daß diesen bescheidenen Herren ein energisches quos ego zugerufen wird. Bekennend sind sie nachgerade genug, und zwar durch niemanden besser als durch sich selbst, wie des Herrn v. Mirbach grandiose Bekenntnisse wieder einmal und drastischer als je zuvor beweisen.

### Die Roggenbrodpreise in Berlin.

Die von dem Statistischen Amte der Stadt Berlin angestellten Ermittlungen über Roggenbrodpreise haben in Ermangelung sonstiger zuverlässiger Materialien einen statistischen Spiegel der seit Jahren stattfindenden Brodvertheuerung abgegeben. Nachdem nun eine Katastrophe in Gestalt des Roggenausfuhrverbots aus Rußland eingetreten ist, nehmen diese Ermittlungen das doppelte Interesse in Anspruch. Es betragen die Preise für 100 Kilogr. Roggenbrod in Berlin:

Ende December 1890	27.95 Mk.
Mitte Januar 1891	28.52 „
Ende Januar	28.55 „
Mitte Februar	28.16 „
Ende Februar	28.36 „
Mitte März	29.05 „
Anfang April	28.32 „
Mitte April	28.95 „
Anfang Mai	30.16 „
Mitte Mai	30.15 „
Anfang Juni	31.15 „
Mitte Juni	31.02 „
Ende Juni	31.89 „
Mitte Juli	31.15 „
Ende Juli	31.95 „
Mitte August	32.44 „

An dem Tage der letzten Brodpreis-Aufnahme in Berlin wog demnach das Fünzig-Pfennig-Brod nur noch 1.54 Kilogr., also wenig mehr als drei Pfund, während es noch Ende vorigen Jahres 1.79 Kilogr. und im Jahre 1887 durchschnittlich 2.42 Kilogr. wog. Die bisher von dem Statistischen Amte festgestellten Durchschnittspreise liefern, gleichmäßig auf fünf Pfund Roggenbrod berechnet, folgende Uebersicht:

Im Durchschnitt kosteten in Berlin 5 Pfd. Roggenbrod	
1887	51.8 Pf.
1888	53.0 „
1889	61.7 „
1890	67.9 „
Mai 1891	75.4 „
Am 1. Juni 1891	77.9 „
Mitte August 1891	80.1 „

Erst kurz vor der letzten statistischen Erhebung trat in Folge des russischen Roggenausfuhrverbots die Steigerung des Roggenpreises bis über den Weizenpreis hinaus ein. Daß in dem angeführten letzten Preise für Mitte August die Folgen der durch dieses Ausfuhrverbot veranlaßten erneuten Preissteigerung bereits zum Ausdruck gekommen seien, läßt sich demnach nicht einmal annehmen, vielmehr ist die entsprechende Wirkung noch zu erwarten.

In der Erklärung der Staatsregierung wird u. a. bemerkt, daß die vielfach geforderte Auf-

hebung oder Herabsetzung der Getreidezölle, wenn überhaupt, bei der gegenwärtigen Höhe der Getreidepreise eine merkliche Einwirkung auf den Preis des Brodes gar nicht zu äußern vermögen würde. Vergeblich wird man in der Erklärung nach einer nur einigermaßen stichhaltigen Begründung dieser Behauptung suchen. Dagegen ist an jedem Tage aus den Marktberichten nachzuweisen, welcher Unterschied zwischen den Preisen auf dem jollabgeschlossenen deutschen Markte und dem jollabfreien Weltmarkte besteht, und jede genaue Brodpreisstatistik, wie z. B. die Berliner, beweist immer aufs neue, in welchem engen Zusammenhang Brodpreise und Getreidepreise stehen.

### Die Erhöhung der Gehälter der Gymnasial-Lehrer.

Gegen die mehrfach angekündigte und jüngst ganz bestimmt in Aussicht gestellte Erhöhung der Gehälter der Gymnasiallehrer auf die den richterlichen Beamten zustehenden Sätze werden neuerdings wieder von einer Seite, die gern als officiös erscheint, Bedenken erhoben. Sie soll Schwierigkeiten wegen der Beschaffung des Mehrbedarfs von etwa 6 Millionen und wegen der zukünftigen Stellung der Lehrer an städtischen höheren Schulen, außerdem auch dadurch bereiten, daß sie die Frage der Neuordnung der Gehälter der höheren Beamten der Lokal- und Provinzialverwaltung aufwerfe. Die ersten beiden Schwierigkeiten würden sich wohl beseitigen lassen, die letzterwähnte ist allerdings vorhanden und wird sich in der Unterrichtsverwaltung selbst geltend machen. Daß das Minimalgehalt der Gymnasialdirectoren heute nicht das Maximalgehalt, welches demnächst die ältesten Lehrer beziehen sollen, erreicht, ließe sich durch eine Erhöhung des ersten umgehen, schlimmer aber ist, daß die Provinzial-Schulräthe als Höchstgehalt nur 6000 Mk. beziehen und deren Bezüge nicht ohne weiteres erhöht werden können, weil sie, wenn auch nicht im Mindest-, so doch im Höchstgehalt ebenso wie im Range den Regierungs-räthen gleichstehen. Selbst eine Erhebung der Provinzial-Schulräthe zum Range der Ober-Regierungsräthe würde in dieser Beziehung keine Abhilfe schaffen, weil auch diese kein höheres Gehalt als 6000 Mk. erreichen und nur noch eine Funktionszulage erhalten.

### Der Vatican und der Dreibund.

In der Stellung des Vatican zum Dreibunde scheint sich wenigstens äußerlich eine Schwankung vollziehen zu wollen. Es ist dies wohl kaum auf eine Sinnesänderung innerhalb der leitenden vaticanischen Kreise zurückzuführen, sondern aus dem Zwange der bestehenden Verhältnisse zu erklären, aber immerhin liegen Anzeichen vor, daß man im Vatican ein Haar darin gefunden hat, sich im Bunde mit dem republikanischen und, wie die frommen Blätter meinen, „atheistischen“ Frankreich und dem der katholischen Kirche feindlichen Rußland gegen den Dreibund mit seinen mehr als 125 Millionen guter Katholiken zu erklären. Der „Osserv. Rom.“ hat mit scheinheiliger Miene und gutgepielter Entrüstung geäußert, daß der Papst ein besseres Verhältniß zu Frankreich suche in der Abt, eine Wiederherstellung seiner weltlichen Herrschaft anzubahnen. Die „Wahrung der religiösen Interessen“ Frankreichs sei ein genügender Antrieb zu der verführten Verjüngung mit Frankreich. Der „Oss. Rom.“ vergißt nur dabei, daß er selbst die Verjüngung mit Frankreich zuerst nicht aus „religiösen“, sondern aus politischen Beweggründen erklärt hat und zwar, um den Dreibund zu bekämpfen. Die lebhaften Proteste, die von Seiten des Dreibundes und nicht am wenigsten aus deutschen Centrumskreisen gegen die dreibundfeindliche Politik des Vatican erhoben wurden, scheinen jetzt den Papst bewegen zu haben, seiner Mißbilligung dieser Treibereien einen öffentlichen Ausdruck zu geben. Wenigstens meldet das „Dep. Bur.“ aus Rom vom 20. August:

Man spricht von dem bevorstehenden Rücktritte des Monsignore Mocenni, des Unterstaatssecretärs der vaticanischen Staatskanzlei. Monsignore Mocenni war es, welcher dem Correspondenten des Pariser „Matin“ sagte, der Papst habe seinen Anschluß an Frankreich schon seit lange vorbereitet, sich vom deutschen Centrum losgesagt und einen Vertreter nach Paris geschickt, um die Monarchie zum Anschluß an die Republik zu bewegen. Der Papst war über diese Tactlosigkeit sehr verstimmt.

Eine Bestätigung dieser Nachricht muß, bemerkt dazu die „Oss. Fig.“, vorläufig abgewartet werden. Aber selbst wenn Mocenni zurücktritt, so wäre damit noch nicht gesagt, daß die vaticanische Politik eine für den Dreibund freundliche Richtung nimmt. Denn in Rom hat man es immer verstanden, Persönlichkeiten, die ihre Schulbildung gethan hatten, wenn sie unbedeutend wurden, vom Schauplatz verschwinden zu lassen. Ob der Papst auf die deutschen Katholiken die genügende Rücksicht nehmen wird, das hängt weniger von einem möglicherweise bedeutungslosen Personenwechsel ab als von thatsächlichen Beweisen, daß er alle Katholiken mit gleichem Wohlwollen umfaßt. Bisher wenigstens waren immer gerade die deutschen Katholiken, trotzdem sie mehr für den Papst thäten als die anderen, die Stiefkinder, die ebenso in Europa zu Gunsten der Romanen wie in Amerika zu Gunsten der Iren zurückgesetzt wurden.

Uebrigens hat auch in Frankreich die Abschwenkung des Papstes zur Republik tiefe Unzufriedenheit erregt. Der Artikel des „Soleil“, des Blattes des Grafen von Paris, in dem die Monarchisten aufgefordert wurden, die Angriffe auf die Republik aufzugeben und nur noch auf die „heimlichen und ungerührten“ Hilfe der Kirche zu rechnen, hat keineswegs überall Zustimmung gefunden. Wie schon die „Gazette

de France“ ihn heftig tadelte, so hat jetzt auch der Graf von Paris selbst nach einer Drahtmeldung des „D. B. S.“ in einem Briefe an den Papst gegen die neuerliche Schwankung des Papstes zur republikanischen Politik protestirt. Es wird nur darauf ankommen, daß der Papst die Ueberzeugung empfängt, der Katholicismus fahre doch besser, wenn er es mit der Monarchie als wenn er es mit der Republik hält, und der Bischof von Algier, Lavigerie, der die Versöhnung mit der Republik angebahnt hat, wird genau so Eilen gestraft werden, wie der Unterstaatssecretär Mocenni.

### Das französische Geschwader in England.

Der Admiral Clanwilliam und der Herzog von Connaught stellten gestern Vormittag dem Admiral Gervais Besuche ab, welche dieser alsbald erwiderte. Um 11 Uhr begab sich Admiral Gervais mit Gefolge nach Osborne zum Empfang bei der Königin; dieselben wurden in königlichen Wagen abgeholt und zurückgeführt. Nachdem sich die französischen Gäste bei der Königin verabschiedet hatten, fuhr der Herzog von Connaught mit dem Prinzen Heinrich von Preußen im offenen Wagen nach Cowes.

### Spanien und die Kronstädter Verbrüderung.

Wie man aus Madrid schreibt, steht die officiöse „Epoca“ der von französischen Blättern verbreiteten und von denselben im Sinne einer Demonstration Spaniens gegen den Dreibund gedruckten Nachricht, daß ein spanisches Geschwader demnächst den Hafen von Kronstadt besuchen werde, ein formelles Dementi entgegen. Ein spanisches Geschwader werde wohl, wie das Blatt bemerkt, in einiger Zeit verschiedene ausländische Häfen besuchen, Kronstadt befände sich aber nicht unter den zu berührenden Punkten.

### Die britisch-russische Concurrrenz in Centralasien.

Der Name Afghanistan ist geraume Zeit hindurch in den Blättern wenig oder gar nicht genannt worden — ein Beweis, daß die Lage in jenem Theile Mittelasiens keinerlei Anlaß zur Erregung außergewöhnlicher Aufmerksamkeit bot. Das scheint in letzter Zeit anders geworden zu sein. An der afghanischen Grenze gegen das asiatische Rußland herrscht lebhaftere Thätigkeit. Die Dugulnie wird von russischen Armee- und Spioniertruppen in einer Weise heimgesucht, daß der Argwohn der Engländer in Balkhutta beym. in London rege geworden ist und man die Frage aufwirft, ob es sich nicht empfehlen dürfte, eine ständige britische Gesandtschaft bei dem Emir Abdurrahman zu unterhalten. Nach dem tragischen Schicksal, welches die ständige englische Vertretung am Hofe zu Kabul unter dem vorigen Emir Schir Ali erlitt, hätte man erwarten sollen, daß England die afghanischen Dinge so lange als irgend möglich sich selbst überlassen würde. Jetzt zeigt sich indessen, daß ein längeres Beharren bei der Nichttheilnahme an der Wahrung der englischen Interessen nicht wohl vereinbar ist. Man traut in Balkhutta und London den Russen zu, daß dieselben unter der Hand den Emir sammt seinen Rathgebern für sich in Beschlag nehmen und zu Concessionen vermögen könnten, mit denen die Dauer des status quo nicht ferner vereinbar wäre. Deshalb werden immer eindringlichere Mahnrufe laut, den russischen Machenschaften an der Dugulnie nicht vornehm gleichgiltig zuzuschauen, sondern zuverlässige Männer an Ort und Stelle zu entsenden, welche mit eigenen Augen sehen, aus eigenem Urtheil berichten können.

Der Schlüssel des afghanischen Problems liegt in der moralischen Herrschaft über den Emir. Die Russen sind im Begriff, durch weitere Vordringung ihrer mittelasiatischen Bahn bis dicht an die afghanische Grenze dem Emir eine erhöhte Vorstellung von der Macht und den unerschöpflichen Hilfsquellen ihres Reiches zu geben. Sie operiren gegen den englischen Machteinfluß in Afghanistan mit ähnlichen Mitteln, wie gegen den Einfluß derselben Macht in Persien, zunächst auf wirtschaftlicher Grundlage, indem sie durch Einfuhr ihrer Industrieerzeugnisse den englischen Wettbewerb lahm legen. England könnte durch den Bau der strategischen Eisenbahn nach Kandahar den russischen Umrufen ohne große Mühe ein Paroli bieten, allein der Kostenpunkt einer solchen Anlage verursacht den finanziellen Rechenschaft des Londoner Schatzamtes zu viel Kopfzerbrechen, als daß seine praktische Durchführung in absehbarer Zeit erwartet werden dürfte. Am unverfänglichsten erweist sich die Gesandtschaftsidee, und man darf sich vergewissern halten, daß binnen nicht zu langer Frist die afghanische Politik der beiden Concurrenzmächte in lebhafteren Fluß gelangen könnte.

### Deutschland.

**Berlin, 20. August. Der Streit zwischen Trier und Argenteuil** wegen der in beiden Orten befindlichen Röhre Christi, die beide als echt und als heilig bezeichnet werden, scheint, nachdem er schon bis zu dem Vorwurfe gediehen war, Trier habe Argenteuil ein Stück von seinem Heiligthum gestohlen, nunmehr beigelegt zu sein. Vertreter Argenteuils sind mit einem Stücke ihrer Reliquie nach Trier gereist, haben beide Stoffe untersucht und sind zu dem Resultate gelangt, daß letztere zu zwei verschiedenen Aledern gehören. Daß diese Aledern beide einmal Eigentum Christi gewesen sein sollen, ist durch stillschweigendes Uebereinkommen beider Theile anerkannt worden, sonst wäre ja der Streit mit seinem zweifelhaften, die Interessen beider Theile gefährdenden Erfolge von neuem entbrannt. Ob es wahr ist, daß der Rock von Argenteuil



Das Comité vernetzte ihr die Erfüllung ihres Begehrens und so betrat Frau Zinkl den Alageweg. Der Prozeß wurde in allen Instanzen durchgeführt und nach wenigen Tagen hat nun auch der oberste Gerichtshof erkannt, das angeklagte Comité habe der Frau Zinkl eine wirkliche Villa, respective den Betrag von 5000 fl. und die gesetzlichen Zinsen für diesen Betrag bei sonstiger Execution zukommen zu lassen.

hätte kaufen sollen. Die Frau erklärte dem Kirchenbau-Comité, dieses Surrogat einer Billa nicht annehmen zu wollen, sondern eine wirkliche, fertige Billa in der Umgebung von Wien, 5000 fl. werth, zu begehren. Das Comité verweigerte ihr die Erfüllung ihres Begehrens und so betraf Frau Zinkl den Alageweg. Der Proceß wurde in allen Instanzen durchgeführt und vor wenigen Tagen hat nun auch der oberste Gerichtshof erkannt, das angeklagte Comité habe der Frau Zinkl einen

Am 22. August: **Danzig, 21. Aug.** M.-A. 8.41.  
 A. 4.51, G. - 11.7.14. M.-U. b. 2. Tage.  
 Wetteraussehen für Sonnabend, 22. August,  
 und zwar für das nordöstliche Deutschland.  
 Stark wolzig, theils sonnig, theils Regen; leb-  
 haft windig. Sturmböen, kühl. Sturmwarnung.  
 (M. - M.)







1908 24. 25. September in 2. Aufl.